



„Pflegesicherheit für Österreich“

Pressekonferenz mit

SPÖ-Bundesparteivorsitzender **Klubobfrau Pamela Rendi-Wagner**

SPÖ-Sozialsprecher **Josef Muchitsch** und dem

Präsidenten des Pensionistenverbandes Österreichs **Peter Kostelka**

Dienstag, 24. Juni 2019, SPÖ-Parlamentsklub

Österreich braucht Pflegesicherheit für die Zukunft. Im Jahr 2050 werden 750.000 zu pflegenden Menschen prognostiziert, das sind jährlich 10.000 neue Pflegefälle. Die Pflege muss nachhaltig gesichert werden. Es braucht in der Pflegefrage mehr als Ankündigungen und Schlagworte. Wir wollen echte Wahlfreiheit für die Familien. Die Entscheidung für eine Betreuungsform darf nicht von finanziellen Sorgen geleitet werden. Unser Plan für eine neue Pflege beinhaltet daher: bundeseinheitliche, dezentrale Servicestellen, eine staatliche Pflegegarantie sowie einen Rechtsanspruch auf Pflegekarenz und Pflegezeit, mehr Pflegepersonal sowie bessere Arbeitsbedingungen. Denn: Wir als Sozialdemokratie lassen die Menschen nicht im Stich.

Zahlen – Fakten:

In Österreich haben 2016 insgesamt 456.828 Personen Pflegegeld bezogen. Davon Personen in Pflegebetreuung:

Stationäre Einrichtungen	Teilstationäre Einrichtungen	Kurzzeitpflege
74.710 Personen	7.486 Personen	9.320 Personen
Mobile Dienste	Alternative Wohnformen	Case- und Caremanagement
147.037 Personen	11.856 Personen	97.722 Personen

Quelle: Statistik Austria/Pflegedienstleistungsstatistik 2016

Im Jahr 2050 werden 750.000 zu pflegende Menschen prognostiziert, das sind jährlich 10.000 neue Pflegefälle. Das heißt, dass auch mehr Menschen in Betreuungs- und Pflegeberufen gebraucht werden. Bis 2050 werden in der Langzeitpflege rund 40.000 zusätzliche Pflegekräfte nötig sein, schätzen Pflegeorganisationen.

Für den gesamten Bereich der Pflege werden derzeit rund 5 Mrd Euro ausgegeben, diese teilen sich wie folgt auf:

Bund		Länder	
Pflegegeld	€ 2.145 Mio.	Pflegegeld (jährl. Kostenersatz)	€ 372 Mio.
Pflegefonds	€ 233 Mio.	Soziale Dienste (2015)	€ 1.959 Mio.
24-Stunden-Betreuung	€ 90 Mio.	Pflegefonds (2016)	€ 117 Mio.
Pflegende Angehörige	€ 78 Mio.	24-Stunden-Betreuung (2016)	€ 60 Mio.
Gesamt	€ 2.546 Mio.	Gesamt	€ 2.508 Mio.
Status Quo Gesamt: 5 Mrd. €			

SPÖ-Plan zur nachhaltigen Lösung der Pflegefrage:

- **Einrichtung von Pflegeservice-Stellen:** Wir wollen einheitlich gesteuerte, regionale Anlaufstellen für alle Pflegeangelegenheiten (für die gesamte Dauer eines Pflegefalles, inkl Unterstützung, Abwicklung der Behördenwege etc). Ein Pflegefall ist oft ein Schicksalsschlag und immer eine Belastung. Die Pflegeservice-Stellen unterstützt Betroffene und Angehörige bei einem Pflegefall, hilft rasch und unbürokratisch auf jedem Schritt des Weges.
- **Pflege ohne individuelle Kosten:** Pflege kostet. Häufig sind es Frauen, die dann daheim die Angehörigen pflegen, statt arbeiten zu gehen. Für die mobile Pflege reicht auch sehr oft das Pflegegeld nicht aus. Und wenn es um die stationäre Pflege geht, wird jedenfalls auf die Pension und das Pflegegeld zugegriffen. Daher wollen wir eine **staatliche Pflegegarantie:** Der Staat übernimmt alle Kosten für die mobile Pflege oder die Pflege im Pflegeheim. Wir wollen volle Wahlfreiheit für die Familien frei von finanziellen Sorgen.

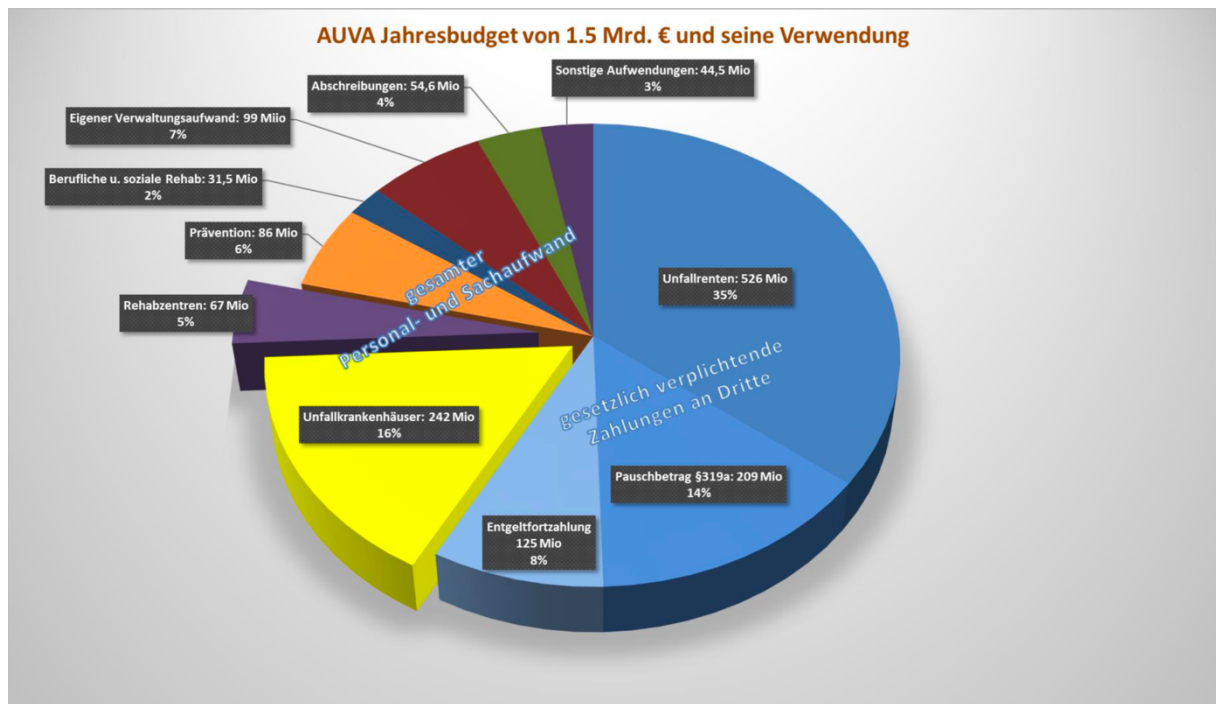
- **Der neue Pflegegarantiefonds:** Wir wollen die Finanzierung aus einem Topf. Alle Gelder des Bundes und der Länder werden in Zukunft in einem Pflegegarantiefonds zusammengeführt, mit dem die mobile sowie die stationäre Pflege finanziert werden. Dieser Fonds soll zusätzlich zum bereits bestehenden Aufwand (5 Mrd) mit plus 1 Mrd Euro dotiert werden.
- **Bessere Bedingungen für Pflegende:** Die Pflegerin heißt in vielen Fällen: Tochter, Schwiegertochter, Enkelin. Wir fordern für pflegende Angehörige einen Rechtsanspruch auf Pflegekarenz bzw. Pflegezeit. Außerdem fordern wir eine bessere Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen für professionelles Pflegepersonal, mehr Ausbildungsplätze sowie eine **bundesweit einheitliche, verpflichtende und bedarfsorientierte Personalberechnung.**

ÖVP-Luftblase, die keine Pflegesicherheit für die Menschen bietet:

Die ÖVP hat ein so genanntes Pflegekonzept präsentiert – die Pflege soll hinkünftig über die AUVA-Beiträge finanziert werden, hier gäbe es Spielräume, weil es weniger Unfälle gäbe.

Das ist eine reine Luftblase, die für die Menschen rein gar nichts löst in der so wichtigen Pflegefrage und keine Pflegesicherheit gibt. Der Vorschlag der ÖVP gefährdet vielmehr die akute Unfallversorgung in Österreich und würde zum Schließen der Unfallkrankenhäuser und der Rehabilitationszentren der AUVA führen. Warum?

- Die Sicherung der Pflege in Österreich kostet etwa 6 Mrd. Euro



- Die AUVA verfügt 2019 über Einnahmen von knapp 1,5 Mrd. Euro. 58% davon sind gesetzliche Zahlungen an Unfallrentner, Klein und Mittelbetriebe sowie die Krankenversicherungsträger.
- Die verbleibenden 42% (625 Mio.) bilden den gesamten Sach- und Personalaufwand für die 7 UKH-Standorte, 4 Rehab-Standorte (= 309 Mio. Euro), für die gesamte Prävention, für die berufliche und soziale Rehabilitation, die Abschreibungen und Sonstiges (wie Körperersatzstücke, Hilfsmittel, Witwenbeihilfen, vertrauensärztlicher Dienst etc.).
- Selbst wenn die AUVA alle ihre medizinischen Einrichtungen schließen würde (7 UKH + 4 RZ = 309 Mio) und auch ihre sonstigen Verpflichtungen gegenüber den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern nicht mehr erfüllen würde, stünde der dadurch lukrierbare Betrag in keinem Verhältnis zu den notwendigen Summen für die Absicherung der Pflege in Österreich.

Das heißt: Es müsste die gesamte AUVA 4 x geschlossen werden, um die Pflege in Österreich zu finanzieren - es würde keine akute Unfallversorgung mehr in Österreich geben!